



Beschluss

vom 9. Dezember 2003 Nr. 4052

Interpellation

Interpellation Roland Gehrig: Schulgeldregelung für den Besuch der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse - Bericht "Brückenangebote" des Kantons - Stand der Dinge; mündlich

Am 28. Oktober 2003 reichten Roland Gehrig und 28 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates eine Interpellation betreffend Schulgeldregelung für den Besuch der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse - Bericht "Brückenangebote" des Kantons - Stand der Dinge ein (vgl. Beilage).

Der Stadtrat beantwortet die Fragen der Interpellation wie folgt:

1 Über den Stand der Brückenangebote ist der Stadtrat das Kantonale Erziehungsdepartement um eine offizielle Stellungnahme angegangen. Das Erziehungsdepartement hat dazu am 18. November 2003 Stellung genommen. Es weist darauf hin, dass der in der ersten Hälfte des Jahres 2002 einer Vernehmlassung unterzogene Berichtsentwurf zu den Brückenangeboten in Bezug auf die beabsichtigte Neustrukturierung weitgehende Zustimmung ergab, dass die Umsetzung indessen mit erheblichen Mehrkosten verbunden wäre. Angesichts der aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen, unter denen alle bereits laufenden Staatsaufgaben kritisch hinterfragt werden müssen, und da es entsprechend schwieriger ist, eine neue Aufgabe zulasten des Staates zu begründen, kommt das Erziehungsdepartement zum Schluss, dass in Bezug auf die Finanzierung nicht davon ausgegangen werden kann, dass eine Neuregelung der Brückenangebote im Sinne des Vernehmlassungsentwurfs vom 21. Januar 2002 erfolgen wird. Vor diesem Hintergrund hat das Erziehungsdepartement verschiedene alternative Finanzierungsmodelle zur Prüfung gegeben. Eine Umsetzung unter neuen Rahmenbedingungen wird frühestens auf Beginn des Schuljahres 2005/2006 in Aussicht gestellt. Damit steht fest, dass der von der Regierung am 3. April 2002 erlassene "Tarif über die Kostenbeteiligung der Eltern an Vorbereitungskursen, die Elternbeiträge an Lehrwerkstätten und das Studiengeld für Lehrgänge zum Erwerb der Berufsmaturität für Berufsleute mit Lehrabschluss", welcher seit 1. August 2002 Anwendung findet, weiterhin Bestand



hat. Die Schulgelder bleiben dieselben wie bereits unter städtischer Trägerschaft ohne Schulgeldverbilligung. Sie bewegen sich mit Ausnahme des Berufsmaturitätslehrganges zwischen CHF 6'000 und CHF 8'000 je Schuljahr und liegen damit weit über den im Bericht zu den Brückenangeboten in Aussicht gestellten Schulgeldern von CHF 500 bis CHF 2'000.

2 Die Einführung der Brückenangebote gemäss den kantonalen Vorstellungen im Bericht "Brückenangebote zwischen obligatorischer Schule und Berufsbildung" hat in Bezug auf die Bildungsangebote keine Auswirkungen für die Stadt bzw. die Stadtbevölkerung. Diese sollen uneingeschränkt ohne wesentliche Änderung der Lehrinhalte und der Lehrpläne weiter geführt werden.

3 Der Stadtrat hat in der Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 26. Juni 2002 zur Schulgeldregelung auf der Sekundarstufe II unmissverständlich dargelegt, dass die Finanzierung der Ausbildungslehrgänge auf der Sekundarstufe II, dazu zählen auch die Brückenangebote, Angelegenheit des Kantons sei, und dass es nicht Aufgabe der Stadt sein könne, die vom Kanton nicht vollzogene finanzielle Gleichbehandlung aller Schulangebote der Sekundarstufe II mit Gemeindebeiträgen auszugleichen. Weiter hielt der Stadtrat fest, dass eine weiterführende als die damals bewilligte Schulgeldverbilligung für den Besuch der hauswirtschaftlichen und gestalterischen Vorkurse bis längstens Ende des Schuljahres 2003/2004 der städtischen Politik der Übereinstimmung von Entscheidungskompetenz und Finanzierung nicht gerecht würde. Dies geschähe vor dem Hintergrund, dass dem Kanton mit der Kantonalisierung nicht nur die Aufgaben des Berufsschulwesens, sondern auch die Mittel zur Finanzierung übertragen wurden. Diese Beurteilung hat auch heute noch Gültigkeit.

Der Stadtrat steht darum einem Begehren um eine Fortsetzung der Schulgeldverbilligung für die gestalterischen und hauswirtschaftlichen Vorkurse (heute Berufsbildungsjahr) für das Schuljahr 2004/2005 ablehnend gegenüber. Der Stadtrat sieht sich in dieser Haltung von der Mehrzahl der Mitglieder des Grossen Gemeinderates unterstützt, wurde doch in der Parlamentsdebatte, aber auch mit der Genehmigung der Anträge zur Vorlage "Schulgeldregelung auf der Sekundarschulstufe II" zum Ausdruck gebracht, dass die Schulgeldverbilligung Ende des Schuljahres 2003/2004 definitiv eingestellt wird. Dementsprechend sieht das Budget 2004 keinen Kredit für die Schulgeldverbilligung des gestalterischen Vorkurses und des Berufsbildungsjahres vor.

4 Der Kanton als Träger der Brückenangebote entscheidet über die Schulgeldregelung in eigener Kompetenz und hat dazu am 3. April 2002 den "Tarif über die Kostenbeteiligung der Eltern an Vorbereitungskursen, die Elternbeiträge an Lehrwerkstätten und das Studien-



geld für Lehrgänge zum Erwerb der Berufsmaturität für Berufsleute mit Lehrabschluss" erlassen. Das Reglement sieht keine Sonderregelung für Teilnehmende aus der Stadt St.Gallen vor. Es behandelt alle Teilnehmenden aus dem Kanton St.Gallen gleich. Für eine Rückforderung der Kosten einer zusätzlich gewährten Schulgeldverbilligung besteht somit keine Rechtsgrundlage. Ebenso wenig hat sich der Kanton in seinem Berichtsentwurf "Brückenangebote zwischen obligatorischer Schule und Berufsbildung" verbindlich dazu verpflichtet, mit Beginn des Schuljahres 2004/2005 die Schulgelder auf zehn Prozent der Kosten festzulegen bzw. ein maximales Schulgeld von CHF 2'000 zu verlangen. Weil der Kanton keine solche verbindliche Zusicherung abgegeben hat, kann eine Rückforderung zusätzlich verbilligter Schulgelder gegenüber dem Kanton nicht in Frage kommen.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Den vorstehenden Ausführungen wird zugestimmt
2. Der Schulvorstand wird beauftragt, in diesem Sinne im Grossen Gemeinderat Stellung zu nehmen

Beilage:
Interpellation

Protokollauszug:
Schulverwaltung (3)
Stadtkanzlei (3)

